

AK-Fakten 2020: Öffentliche Finanzen

Bekannte Probleme und Covid-19-Herausforderung in den Haushalten

Covid-19 bringt für die öffentlichen Haushalte in ganz Deutschland erhebliche Mehraufwendungen mit sich. Das Saarland sollte im Jahr 2020 den ersten Landeshaushalt ohne strukturelles Defizit nach einem Jahrzehnt der Haushaltskonsolidierung umsetzen. Die steuerlichen Einbrüche aufgrund der verminderten wirtschaftlichen Aktivität während der Pandemie und die Zusatzausgaben zur Stützung der Wirtschaft erforderten jedoch die Inanspruchnahme der Ausnahmeregelung der Schuldenbremse für Naturkatastrophen bzw. außergewöhnliche Notsituationen. Diese erlaubt die Aufnahme von Krediten unter der Maßgabe, mit der Neuverschuldung auch eine Tilgungsregelung vorzulegen. So werden mit den Covid-19-Ausnahmeregelungen weitere fiskalische Sparzwänge und Engpässe in der Zukunft erzeugt. Alternative Ansätze öffentlicher Finanzwirtschaft mit konjunktur- und investitionsfördernder Wirkung sind deshalb besser geeignet, Krisen zu bewältigen und die Wirtschaft zu stabilisieren.

Die wirtschaftliche Entwicklung an der Saar weist schon seit einigen Jahren deutliche Anzeichen einer sich zuspitzenden Krise auf, die eine gesteigerte staatliche Aktivität flankiert von erhöhten Finanzmitteln erfordern würde. Durch die Mobilitäts- und Energiewende werden die im Saarland überdurchschnittlich starke Stahl- und Automobilindustrie vor große Herausforderungen gestellt, die sich bereits in der Vergangenheit auf die Beschäftigungssituation ausgewirkt haben. Die notwendige wirtschaftliche Transformation erfordert deshalb zusätzliche Mittel und Investitionen der öffentlichen Hand, also zusätzliche öffentliche Ausgaben.

Dieses Dilemma der saarländischen Finanzpolitik von sinkenden Einnahmen einerseits und notwendigen Ausgabensteigerungen andererseits kann nur aufgehoben werden, indem das Saarland dauerhaft finanziell besser ausgestattet wird. Die zwei wichtigsten Stellschrauben dafür sind erstens **zusätzliche Bundesmittel** zur Verhinderung der immer größer werdenden Disparitäten in den Lebensverhältnissen und zweitens eine **dauerhafte Modifizierung der Schuldenbremse**, um Spielräume für investive Ausgaben im saarländische Landeshaushalt zu eröffnen.

1. Das Saarland hat 2020 mit einem **Nachtragshaushalt** von 1,2 Mrd. Euro auf die Covid-19-Pandemie reagiert. Damit wurden die pandemiebedingten Finanzierungslücken aufgrund sinkender Steuereinnahmen, Hilfsmaßnahmen und Zusatzausstattungen gedeckt.
2. Schon im Jahr 2019 waren die für die Gestaltung der wirtschaftlichen Transformation notwendigen **Steuereinnahmen in Land und Kommunen weiterhin rückläufig**; sie bilden damit die krisenhaften Trends in der saarländischen Wirtschaft ab.
3. Das Saarland ist beim **Schuldenstand Spitzenreiter unter den Flächenländern**. Auch die **kommunalen Kassenkredite** der saarländischen Kommunen betragen rund 500 % des Länderdurchschnitts; sie werden durch das Wirksamwerden des Saarlandpaktes in den nächsten Jahren deutlich reduziert.
4. Die im Bundesvergleich **weit unterdurchschnittlichen Investitionen von Land und Kommunen** sind in den engen finanziellen Spielräumen nach Deckung der laufenden Kosten begründet. Sie stellen ein Problem für die wirtschaftliche Weiterentwicklung des Saarlandes und die Aufrechterhaltung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse dar.

Hinweis zur Sprachform: Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung der männlichen und weiblichen Sprachform verzichtet. Weibliche, männliche und diverse Personen sind damit gleichermaßen angesprochen.

AK-Fakten 2020: Öffentliche Finanzen

Stand: 05.11.2020

1. Covid-19-Bewältigung durch Nachtragshaushalt 2020

In den Planungen der saarländischen Haushälter sollte das Jahr 2020 den Wendepunkt in der Finanzpolitik des Landes darstellen: Mit der Vorlage des ersten Haushalts ohne strukturelles Defizit sollte das Jahrzehnt der Haushaltskonsolidierung enden und in eine Phase mit leicht erweiterten finanziellen Handlungsspielräumen durch reformierte Bund-Länder-Finanzbeziehungen und zusätzliche Bundeshilfen münden. Die Einschränkungen der wirtschaftlichen Aktivität aufgrund der Covid-19-Pandemie führten jedoch zu massiven Steuereinbrüchen auf der Einnahmenseite des saarländischen Haushalts und zu erhöhten Ausgaben zum Ausgleich der Steuerausfälle, für Hilfsmaßnahmen und pandemiebedingte Zusatzausgaben. Wegen der Covid 19-Pandemie wurden die Regeln der Schuldenbremse aufgrund der außergewöhnlichen Notlage außer Kraft gesetzt und ein saarländischer Nachtragshaushalt für das Jahr 2020 verabschiedet, der eine Kreditaufnahme von rund 1,2 Mrd. Euro beinhaltet.

Die saarländische Regierung hat angekündigt, zwischen 2020 und 2022 insgesamt 2,1 Mrd. Euro zur Bewältigung der Pandemie und entsprechende flankierende Maßnahmen auszugeben. Dazu gehören auch Ausgaben für eine Reform des ÖPNV, die Krankenhausversorgung und Investitionen in die Infrastruktur des Landes sowie ein Beteiligungsfonds für die Wirtschaft. Die untere Tabelle fasst das Haushaltsgeschehen im Jahr 2020 auf einen Blick zusammen.

Haushalte Saarland 2020 in Euro	Nachtragshaushalt	Geplant
Einnahmen	4.288.684.500,-	4.831.704.001,-
Ausgaben	4.794.684.001,-	4.831.704.001,-
Saldo	484.045.700,-	0,-
Kreditaufnahme	506.000.000,-	0,-
Kredit Sondervermögen	690.720.000,-	n.a.

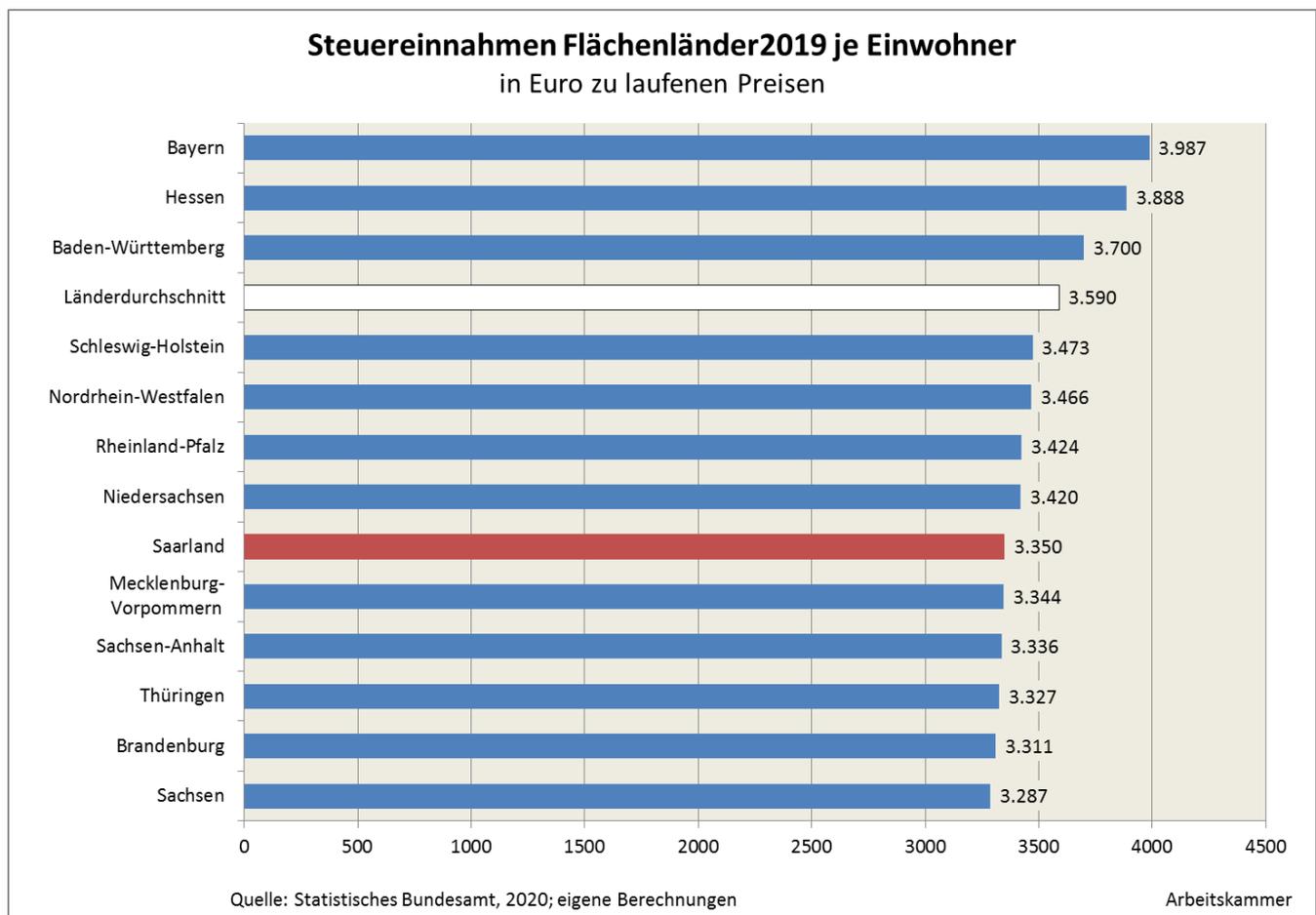
Das Ausgabenvolumen im Kernhaushalt bleibt 2020 fast konstant. Die durch Steuer- und Einnahmenausfälle entstehende Finanzlücke von rund 500 Mio. Euro wird durch eine Kreditaufnahme im Kernhaushalt gedeckt. Darüber hinaus wird ein neues Sondervermögen zur Bewältigung der Covid-19-Pandemie aufgebaut. Im Jahr 2020 wurde dieses mit 690 Mio. Euro befüllt. Aus diesem wird auch das neue Sondervermögen Krankenhausfonds gespeist.

Damit reagiert die saarländische Landesregierung mit kreditfinanzierten Zusatzausgaben von rund 25 % im Vergleich zum geplanten Haushalt auf die Pandemie. Die Abschätzung der Covid-19-Folgen ist jedoch alles andere als abgeschlossen. Die Wirkungen der gewährten Steuerstundungen und Steuerreduktionen sind erst nach Ablauf des Steuerjahres genau zu ermessen. Eine Abkehr von den Ausnahmeregelungen Schuldenbremse im Haushaltsjahr 2021 ist schon jetzt weder im Bund noch im Saarland geplant. Angesichts der pandemiebedingten Herausforderungen wird dies auch kaum möglich und sinnvoll sein, was jedoch kein grundsätzliches Abrücken von der Schuldenbremse beinhaltet.

2. Unterdurchschnittliche Steuereinnahmen von Land und Kommunen schon 2019

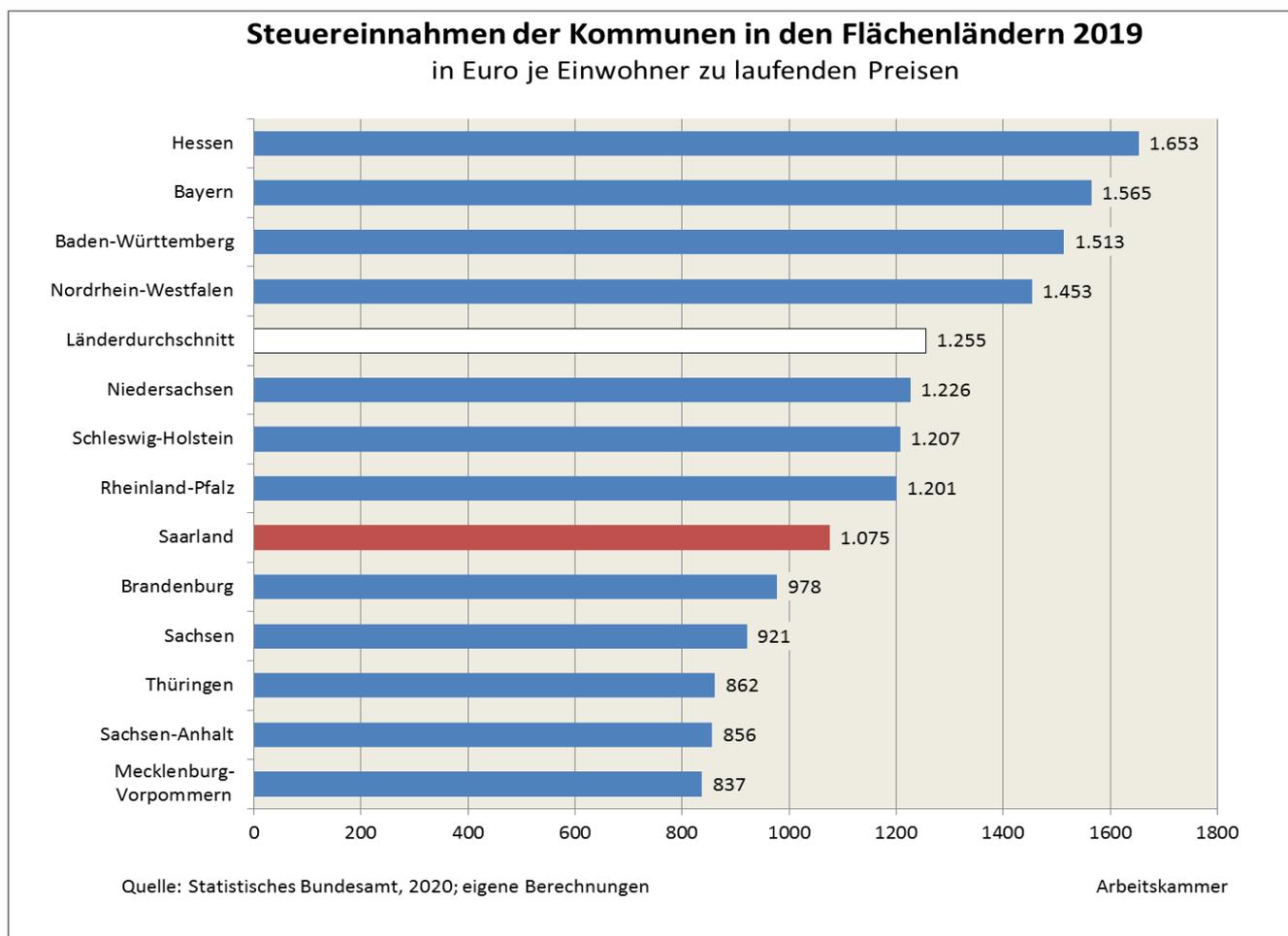
Richtet man den Blick auf die Steuereinnahmen je Einwohner im Jahr 2019, steht das Saarland mit 3.350 Euro an letzter Stelle der westdeutschen Flächenländer. Nur die ostdeutschen Länder nehmen weniger Steuern je Einwohner ein als das Saarland. Diese Randstellung ist insofern problematisch, als die Werte des Saarlandes nur 63 Euro vom steuereinnahmeschwächsten Bundesland Sachsen (3.287 Euro) entfernt sind. Der Abstand zum Flächenländer-Spitzenreiter Bayern (3.987 Euro) ist dem gegenüber zehnmal so hoch wie zum schwächsten (637 Euro). Damit ist das Saarland nur 1,9 % besser als das schwächste ostdeutsche Bundesland, aber 19 % schlechter als das steuerstärkste Bundesland. Im Vergleich mit allen Bundesländern (also unter Hinzuziehung der Stadtstaaten) zeigt sich, dass das Saarland 2019 mit 3.350 Euro je Einwohner eine Differenz von 381 Euro zum Durchschnittswert aller Länder von 3.731 je Einwohner aufweist. Im Trend seit 2009 vergrößert sich der der Abstand zum Länderdurchschnitt und erreicht in 2019 einen Spitzenwert.

Die prekäre Einnahmesituation des Saarlandes bewirkt also im Zeitverlauf, dass die Lücke zwischen dem Saarland und dem Länderdurchschnitt immer größer und das Saarland relativ immer einnahmeschwächer wird. Der Ländervergleich 2019 zeigt, dass die Steuereinnahmen des Saarlandes sich eher zu der Gruppe der ostdeutschen Länder als zu den ärmeren westdeutschen Ländern einordnen lassen. Dies kann als alarmierendes Signal für die sich weiter abschwächende Wirtschaftslage des Saarlandes gesehen werden, sind doch Steuereinnahmen ein nachlaufender Indikator der Wirtschaftskraft.



Ein identisches Bild liefern die Daten zu den **Kommunal финанzen**. Auch hier vergrößert sich der Abstand zwischen Länderdurchschnitt an kommunalen Steuereinnahmen je Einwohner und den Steuereinnahmen der saarländischen Kommunen im letzten Jahrzehnt. Die saarländischen Kommunen sind damit auch weitaus stärker von Zuweisungen des Landes abhängig, um ihre Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge zu erfüllen.

Die Schwäche der saarländischen Kommunen wird anhand des Ländervergleichs der kommunalen Steuereinnahmen für das Jahr 2019 deutlich. Hier steht das Saarland an letzter Stelle der westdeutschen Flächenländer, mit deutlichem Abstand zum nächst stärkeren Rheinland-Pfalz. Die Steuereinnahmen der saarländischen Kommunen sind zwar höher als die der ostdeutschen Kommunen, deuten jedoch auf die Schwächen der lokalen und regionalen Wirtschaft hin. Mit 1.075 Euro je Einwohner erscheint selbst ein Anknüpfen an das ebenfalls durch den industriellen Wandel geprägte Nordrhein-Westfalen, dessen Kommunen immerhin über 1.453 Euro je Einwohner an Steuereinnahmen verfügen, derzeit kaum möglich. Sicherlich muss in Betracht gezogen werden, dass die Verteilung dieses Wertes in Nordrhein-Westfalen wesentlich weiter streut als im Saarland, dennoch bleibt festzuhalten, dass die saarländischen Kommunen aus eigener Kraft nur stark unterdurchschnittliche Eigenmittel aufbringen und einsetzen können, was eine sich verringernde lokale Handlungsfähigkeit im Hinblick auf Zukunftsinvestitionen nach sich zieht.



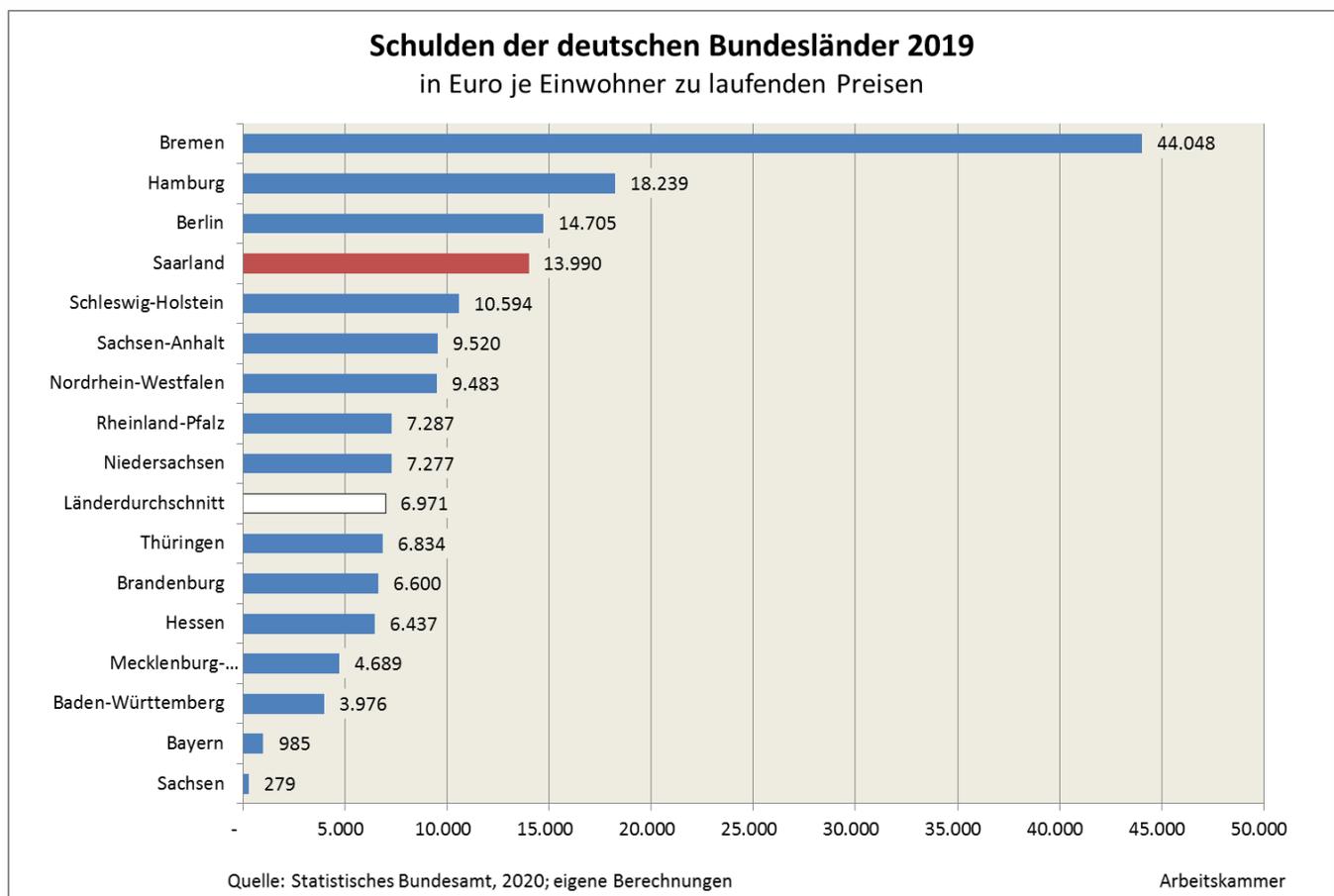
3. Weiterhin hoher Schuldenstand von Land und Kommunen

Mit der Covid-19-Krise haben sich die Rahmenbedingungen für die Schuldenbegrenzung insofern verändert, als die Regeln der Schuldenbremse für 2020 – und wahrscheinlich auch für 2021 und 2022 – ausgesetzt wurden. Damit verbunden war eine Kreditaufnahme in erheblichem Umfang. Diese wird in den Zahlen bis 2019 nicht abgebildet, wird aber den Schuldenstand aller deutschen Gebietskörperschaften, also auch des Saarlandes, in den kommenden Jahren weiter nach oben treiben.

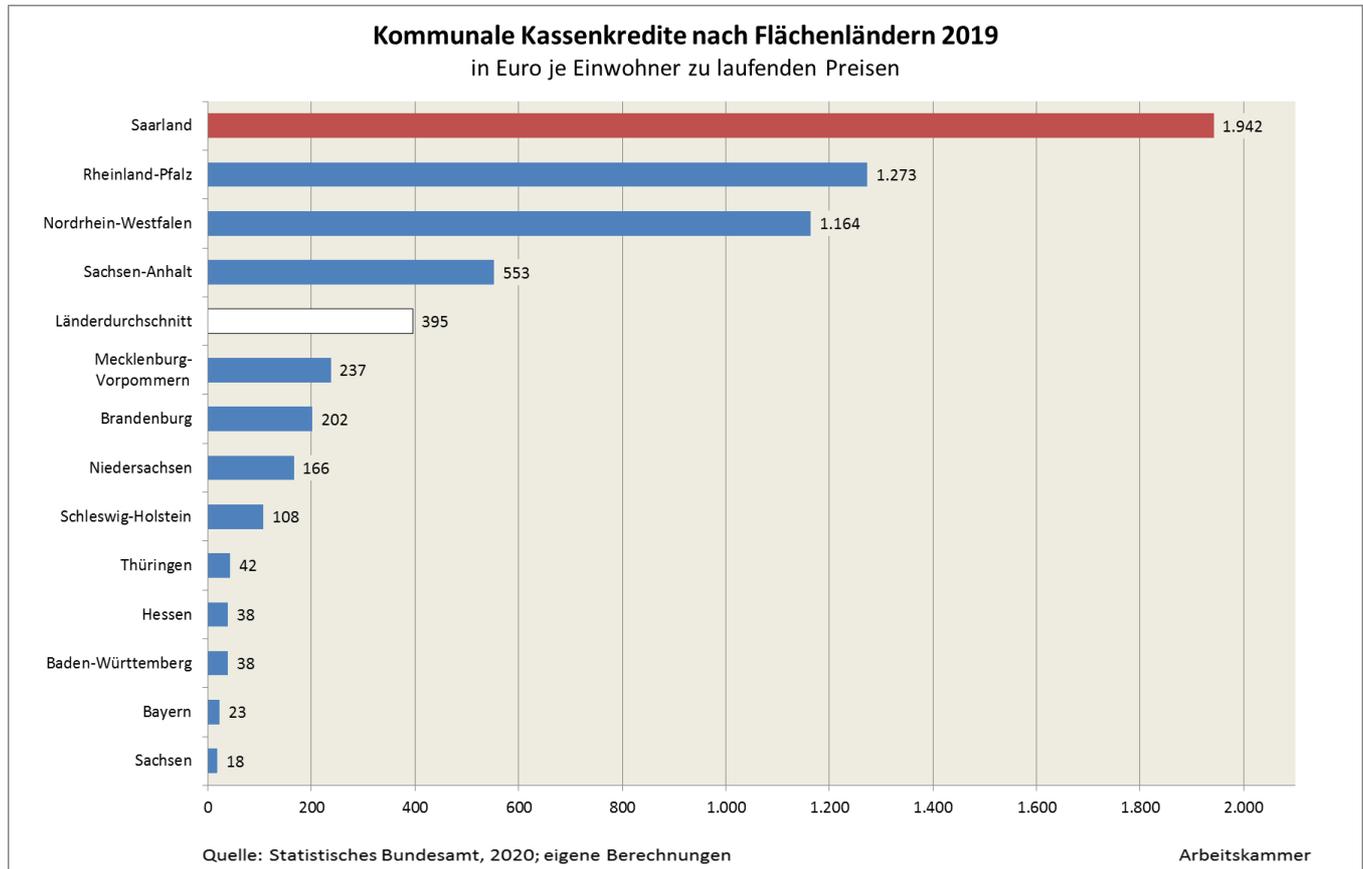
Mit deutlichem Abstand in der Schuldenlast führt das Saarland bereits jetzt die Flächenländer an. Die Regeln der Haushaltskonsolidierung seit 2009 zielten lediglich auf eine Reduktion des strukturellen Defizits und damit der jährlichen Neuverschuldung des Saarlandes, nicht aber auf den Abbau von Altschulden. Letztere sollen mit den Neuregelungen zu den Bund-Länder-Finanzbeziehungen und diese flankierende Maßnahmen ab 2020 jährlich um 80 Millionen Euro abgebaut werden. Werden jährlich 80 Millionen Euro an Altschulden abgetragen, so reduziert sich der Betrag je Einwohner im Jahr um 81,06 Euro. Die Schulden wären unter heutigen Bedingungen dann in mehr als 170 Jahren abgetragen.

Die Neuverschuldung zur Bewältigung der Covid-19-Pandemie wird die Schuldenlast weiter erhöhen. Es ist damit zu rechnen, dass der Wert von 13.990 Euro auf ca. 16.000 Euro je Einwohner im Saarland steigt (eigene Berechnung aufgrund vorläufiger Daten aus dem Nachtragshaushalt des Saarlandes 2020)

Mit 13.990 Euro je Einwohner an Altschulden im Jahr 2019 liegt das Saarland in der Tendenz näher an den Werten der Stadtstaaten Berlin und Hamburg als an den Schuldenständen der finanzschwachen westdeutschen Flächenländer wie Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen.



Bezogen auf die **kommunalen Schulden** trübt sich das Bild noch stärker ein. Insbesondere die überschießenden kommunalen Kassenkredite bereiten der Finanzpolitik schon seit geraumer Zeit Sorgen. Sie sind Ausdruck der unbefriedigend niedrigen Steuereinnahmen auf kommunaler Ebene und der engen Handlungsspielräume des Landes für Zuweisungen an die kommunale Ebene. Mit 1.942 Euro je Einwohner übertrifft das Saarland alle Flächenländer weit und liegt bei fast 500% des Länderdurchschnitts.

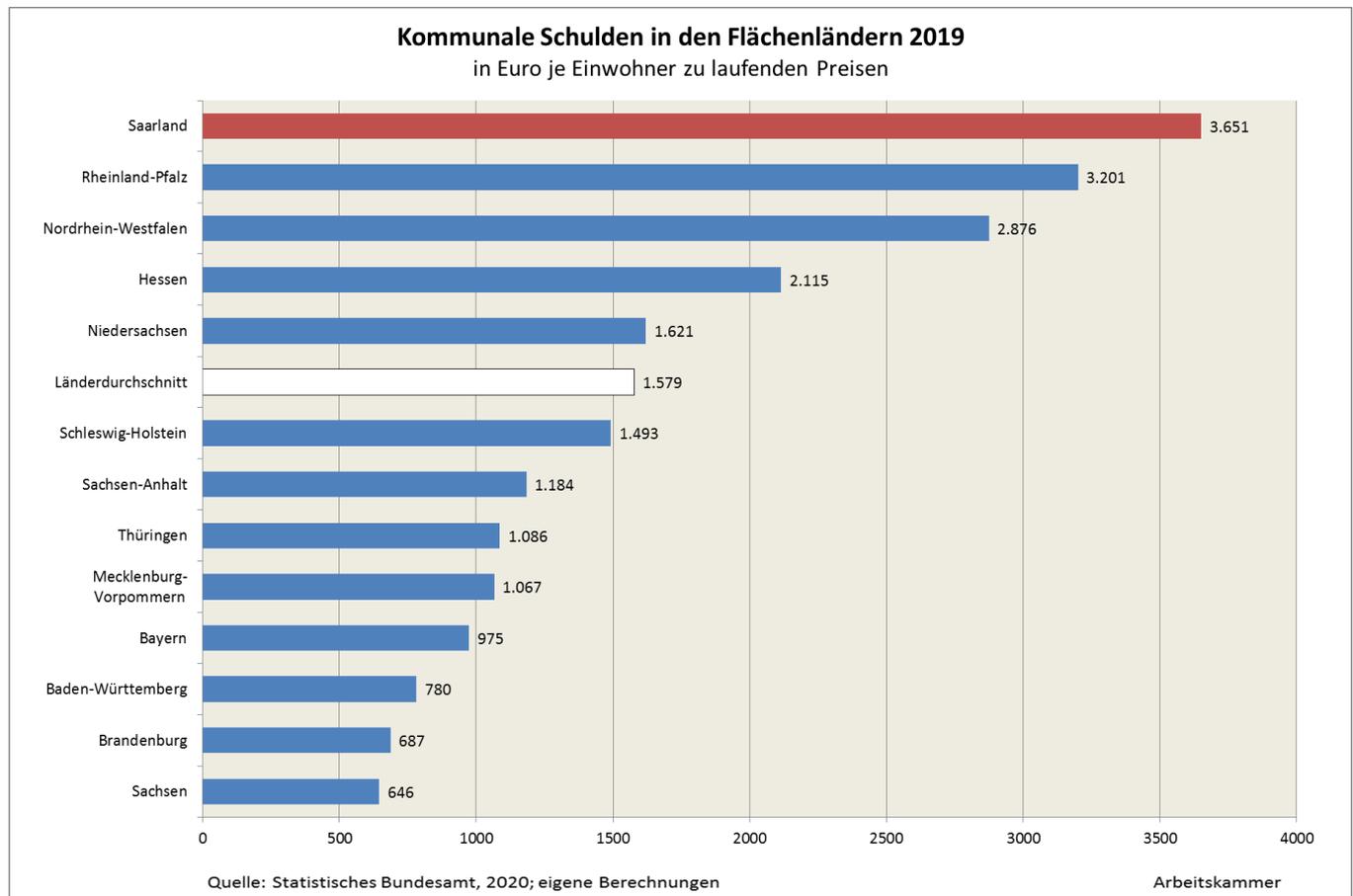


Mit dem Saarlandpakt hat das Saarland ein Programm zur hälftigen Übernahme der kommunalen Kassenkredite im Jahr 2019 aufgelegt. Am 30. September 2020 waren mit 48 saarländischen Gemeinden Abkommen zur Übertragung der kommunalen Kassenkredite auf das Land abgeschlossen. Von 22 Gemeinden hatte das Land zu diesem Zeitpunkt rund 350 Mio. Euro an Kassenkrediten bereits übernommen. Dies entspricht einer Reduktion der kommunalen Kassenkredite um rund 355 Euro je Einwohner. Im Zielzustand soll der Wert auf etwa die Hälfte der hier abgebildeten Zahl sinken, also auf knapp 1.000 Euro je Einwohner an Kassenkreditlast.

Auch hinsichtlich der über reguläre Kredite gedeckten Finanzierungslücken stehen die saarländischen Kommunen an der Spitze der Flächenländer. Mit 3.651 Euro je Einwohner kommen auf jeden saarländischen Bürger auf Gemeindeebene 230 % mehr Schulden als der Länderdurchschnitt von 1.579 Euro. Der Abstand zu den finanzschwachen westdeutschen Bundesländern Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen beträgt 14 % bzw. 27 %.

Damit setzt sich die Entwicklung im Saarland deutlich gegen den Bundestrend ab. Das Bundesfinanzministerium berichtet im Oktober 2020 (Monatsbericht BMF), dass die Gesamtheit der deutschen Kommunen acht Jahre in Folge zum Teil deutliche Finanzierungsüberschüsse erzielt hätten. Diese seien auf die gute konjunkturelle Lage und die damit verbundenen gesteigerten Steuereinnahmen

zurückzuführen. Für das Saarland ist aber der gegenteilige Trend festzustellen. Das bedeutet auch, dass die saarländische Wirtschaft nicht vom Boom der letzten Jahre profitieren konnte und Steuerrückgänge als Folge der wirtschaftlich krisenhaften Entwicklung die Ursache für die stetige Steigerung der kommunalen Schulden waren.

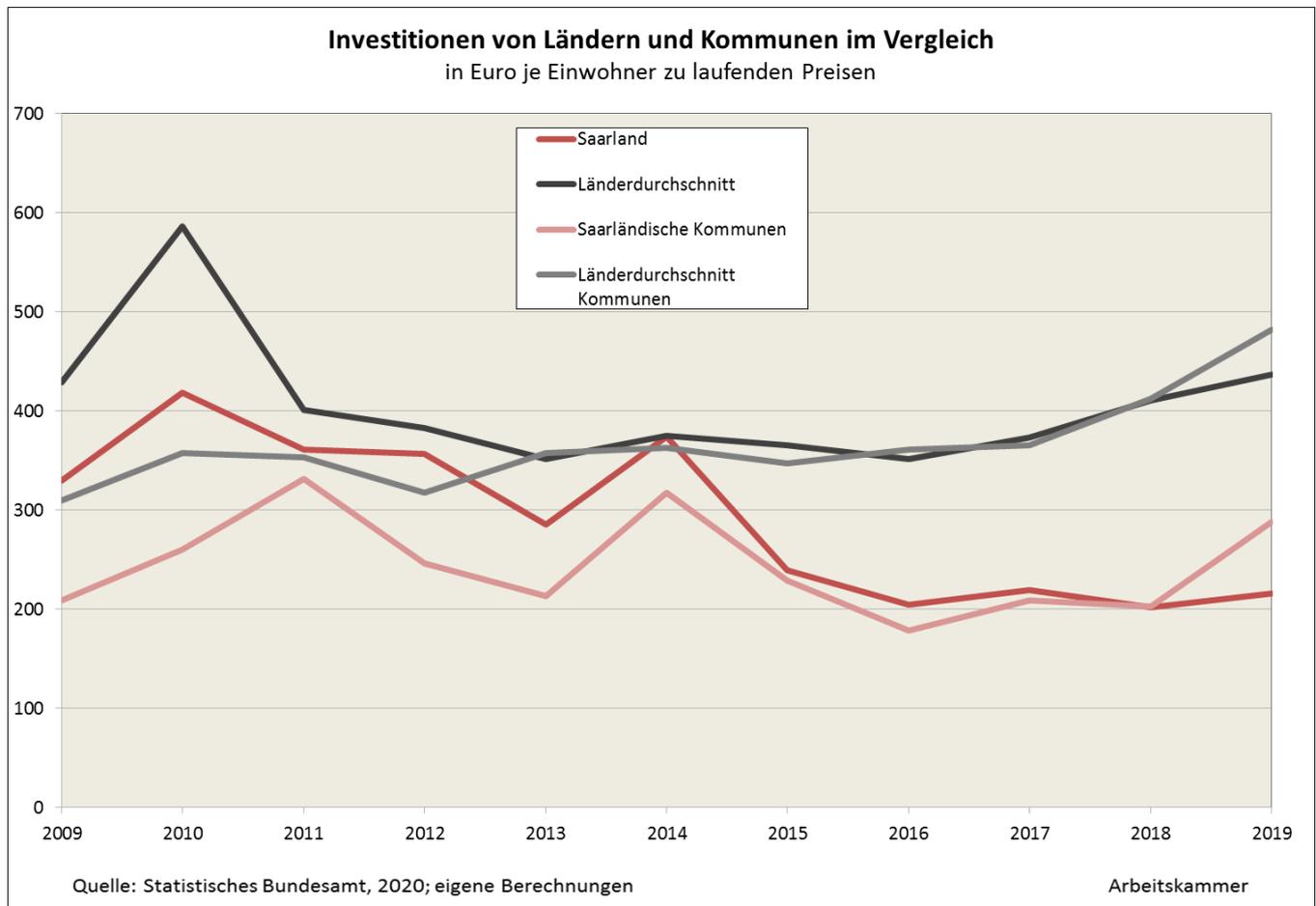


4. Geringe Investitionen

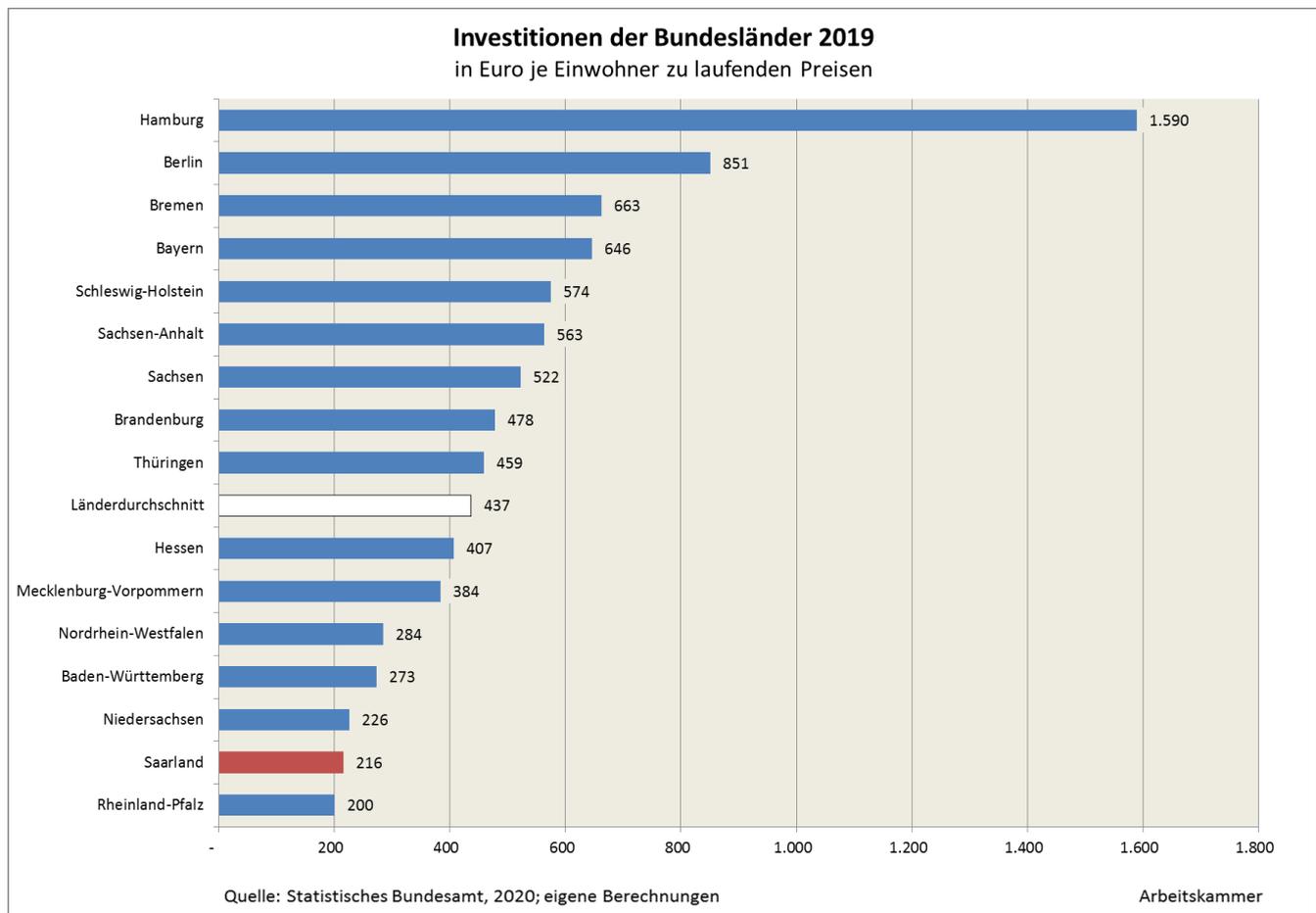
Vergleichsweise niedrige Steuereinnahmen und die hohe Verschuldung bilden den Mangel auf der Einnahmenseite der saarländischen Haushalte ab. Investitionen sind ein Maß für die Gestaltungsspielräume der öffentlichen Hand. Nimmt die Deckung der laufenden Kosten großen Raum ein, so bleiben kaum Mittel für die zukunftsorientierte Gestaltung der lokalen und regionalen Wirtschaft durch investive Ausgaben.

Der Verlauf der Investitionsausgaben von Ländern und Kommunen im Bundesdurchschnitt im Vergleich zu den saarländischen Kommunen für die Jahre 2009 bis 2019 verdeutlicht die vergleichsweise beschränkte Situation des Saarlandes. Seit 2014 sind die investiven Ausgaben des Landes im Vergleich zum Länderdurchschnitt immer weiter zurückgegangen. In den saarländischen Kommunen haben die Investitionen um den Wert von 250 Euro je Einwohner gependelt während sich die kommunalen Investitionen im Länderdurchschnitt stetig nach oben entwickelt haben. Insgesamt liegen das Saarland und seine Kommunen weit unter den Investitionswerten des Länderdurchschnitts.

Mehr noch, seit 2014 ist ein stetiger Abfall der Landesinvestitionen zu beobachten, der eine Vergrößerung der schon vorher bestehenden Investitionslücke zwischen dem Saarland und dem Länderdurchschnitt bedeutet. Das heißt, dass die Landespolitik aufgrund der sich verengenden finanziellen Handlungsspielräume im Zuge der Haushaltssanierung nicht in der Lage war, wichtige Investitionen in Infrastruktur und innovative Wirtschaftszweige zu tätigen und damit keine Akzente für die Transformation der saarländischen Wirtschaft setzen konnte.



Konkret investiert das Land im Jahr 2019 mit 216 Euro je Einwohner nur halb so viel wie im Länderdurchschnitt (437 Euro). Es liegt damit auf dem vorletzten Platz der Bundesländer und ist seit 2018 von der drittletzten auf die vorletzte Position vor dem ebenfalls finanzschwachen Rheinland-Pfalz weiter abgerutscht. Das bedeutet, dass wirtschaftspolitisch notwendige Investitionen nicht umgesetzt und damit ein weiterer wirtschaftlicher Rückfall des Landes wahrscheinlicher werden.

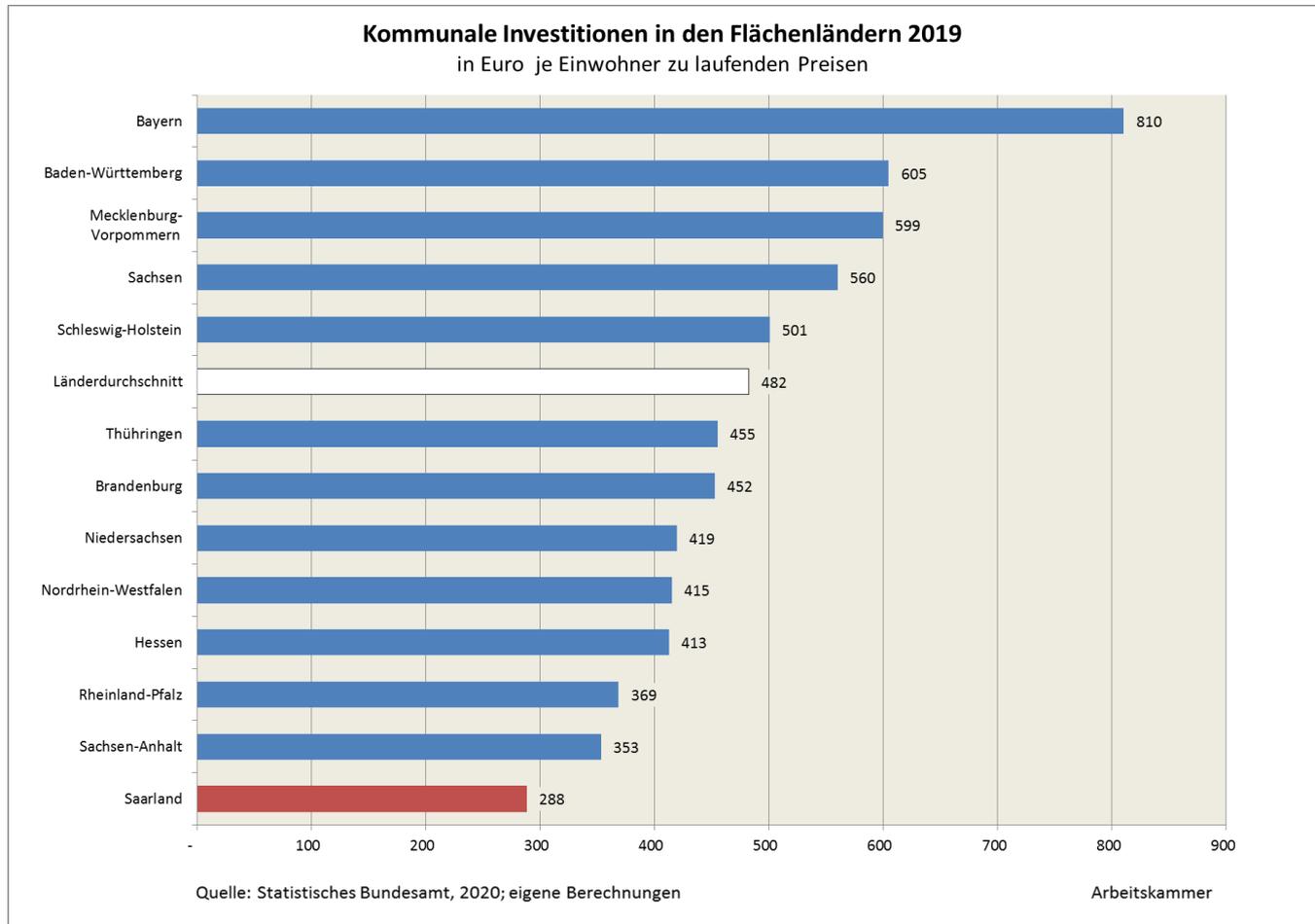


Im Hinblick auf die Aufrechterhaltung gleichwertiger Lebensverhältnisse ist deshalb eine grundsätzliche Umorientierung der gesamtdeutschen Förderpolitik erforderlich. Diese sollte die Strukturschwächen im gesamten Bundesgebiet zielgenau identifizieren und an die Problemlage angepasste Förderinstrumente einsetzen. In einer saarländischen Gesamtstrategie zur Bewältigung der Transformation könnten Hilfen von Bundes- und EU-seite effektiv eingepasst und für das Saarland nutzbar gemacht werden.

Für die **kommunalen Investitionen** ist der Befund mit dem der Landesebene identisch. Hier liegen die kommunalen Investitionen mit deutlichem Abstand auf dem letzten Platz der Flächenländer. Saarländische Kommunen investieren mit 288 Euro je Einwohner knapp 60 % von dem, was im Länderdurchschnitt an kommunalen Investitionen getätigt wird, nämlich 482 Euro je Einwohner. Wesentlich ist hier, dass der Abstand zu Sachsen-Anhalt als zweitschwächstem Land schon 18,5 % beträgt. Aufgrund dieses deutlichen Abstandes zu allen anderen Bundesländern ist davon auszugehen, dass sich eine enorme Investitionslücke auch bei der kommunalen Infrastruktur aufgebaut hat.

Dies muss deshalb als problematisch angesehen werden, weil die Kommunen als maßgebliche Träger der öffentlichen Daseinsvorsorge und der Aufrechterhaltung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse anzusehen sind. Mehr noch als die Zurückhaltung des Landes in Infrastrukturaufbau und Wirtschaftsförderung schlagen schwache kommunale Investitionen direkt bei der konkreten

Lebensqualität der Bürger zu Buche. Der Zustand von Gemeindestraßen, die Funktionstüchtigkeit der Versorgungsinfrastrukturen, die zeitgemäße Ausstattung einer Gemeinde mit Breitband sowie Anbindung, Komfort und Preis des öffentlichen Nahverkehrs sind zentrale Entscheidungskriterien für den Zugewinn und den Verbleib von Bürgern sowie von Gewerbe in einer Gemeinde.



Investitionsstaus und Ausgabenbeschränkungen wirken deshalb verstärkend auf die ohnehin schlechte Position saarländischer Gemeinden. Für die Zukunftsfestigkeit saarländischer Kommunen ist auch hier eine Verstärkung der lokalen Investitionen mit dem effektiven Einsatz von Bundes- und EU-Förderungen entscheidend.

Zusätzliche Spielräume für Investitionen sollten sich aus dem **Sondervermögen „Zukunftsinitiative Saar“**, das ab 2020 das „Jahrzehnt der Investitionen“ einleiten soll, ergeben. Die Übersicht zeigt die Planung, die allerdings von der tatsächlichen Umsetzung abweicht. So sollten 2021 rund 70 Mio. Euro und 2022 rund 96 Mio. Euro in Investitionsprojekte einzelner Einzelpläne fließen. Hinzu kämen pauschal dem Sondervermögen zugeordnete Beträge, die nicht konkret einem Haushaltsjahr zugeordnet werden. Tatsächlich weist der Wirtschaftsplan für das Sondervermögen für 2021 bis 2022 lediglich rund 50 Mio. Euro für 2021 und 57,3 Mio. Euro für 2022 aus. Davon entfallen wiederum im Jahr 2021 10 Mio. Euro und im Jahr 2022 30 Mio. Euro auf den Lückenschluss im Kernhaushalt. Wesentliche Beträge (10/5 Mio. Euro) fließen an das CISPA, den CISPA-Innovation-Campus (3/4 Mio. Euro), den Masterplan Industrieflächen (MINT-Park Alte Schmelz 6/6 Mio. Euro), Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen (2,6/1,4 Mio. Euro), das Rechenzentrum (5,25/2,75 Mio. Euro) und den Flughafen (10/3,3 Mio. Euro). Damit schreibt die Zukunftsinitiative Saar die einseitige Förderung des IT-Clusters fort und bleibt im Bereich der Verkehrsinfrastrukturförderung weit hinter den ursprünglichen Planungen zurück.

Planungsübersicht Sondervermögen „Zukunftsinitiative Saar“

Projekt/Maßnahme	2019	2020	2021	2022	SVZI
Staatskanzlei					
CISPA-Finanzierung	2,5	2,5	4,6	5,1	0
CISPA-Erschließung / 1. Erweiterungsbau	0	0	0	0	55
CISPA-Erschließung nördl. Stuhlsätzenhausweg	0	0	0	0	20
Rechenzentrum	0	0	0	0	15
IMED	0	2,5	4,25	4,5	0
HIPS/ Erweiterungsbau & Anschubfinanzng. Schwerpunkt NanoBioMed	0,2	0,4	1,1	1,2	27
Summe	2,7	5,4	9,95	10,8	117
Ministerium für Inneres, Bauen und Sport					
Städtebauförderung	0	4	4	4	6,8
Investitionen Polizei	0	2,5	2,5	2,5	
Summe	0	6,5	6,5	6,5	6,8
Ministerium für Finanzen und Europa					
Interregionale Bauausstellung (Vorbereitung)	0,2	0,2	0,2	0,2	0
Digitalisierung	2	2	5,1	6,4	0
Hochperformantes Saarlandnetz	0	0	0	0	4
kommunale IT-Neustrukturierung	0,5	3	0	0	0
Summe	2,7	5,2	5,3	6,6	4
Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie					
Krankenhausförderung (ohne Krankenhausstrukturfonds)	4	4	0	0	0
Summe	4	4	0	0	0
Ministerium für Bildung und Kultur					
Industriekultur	0,1	0,1	0,2	0,2	0
Sanierungsbedarf WVH	0	0	0	0	3,6
Historisches Museum Saar (Dauerausstellung)	0	0	0	0	1,75
Summe	0,1	0,1	0,2	0,2	5,35
Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr					
Straßenbau (darunter Alltags-Radwegeverkehr 1 Mio. p.a.)	3	12,3	12,3	12,3	0
Kongress-, Messewesen	0	5	5	5	18
Industrie-, Gewerbeflächen (Mittel fließen in späteren HH-jahren ab)	0	10	10	10	35
CISPA Innovation Campus	0	0	0	0	20
Tourismus	0,5	2,5	2,5	2,5	0
ZEP-Kommunal	0	0,3	0,3	0,3	0
Flughafeninfrastruktur	0	5	5	5	18
Förderprogramm ERGU (Energie- u. Ressourceneffizienz im Gewerbe)	0	0	0	0	4
Landesförderung Schienengüterverkehr	0	0	0	0	5
Summe	3,5	35,1	35,1	35,1	100
Ministerium für Umwelt und Verbraucherschutz					
Wasserinvestitionen	0	0	1,5	1,5	0
Nationalparktor	0	0	0	0	0,35
Summe	0	0	1,5	1,5	0,35
Baubereich					
Erhöhung Baubudget	0	10	5,5	29	0
Liegenschaften (Bauunterhaltung)	0,5	1,5	6	6	0
Summe	0,5	11,5	11,5	35	0
Gesamtsumme	13,5	67,8	70,05	95,7	233,5

Quelle: Regierungsentwurf Haushaltsplan des Saarlandes für die Rechnungsjahre 2021 und 2022, Einzelplan 21, S. 70-71.